

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.75 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg. monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 13 683

Inseratskosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg. bei Platzvorrat 50 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Befügen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4 - Mark jedes Tausend bei Zellaufgabe 6 - Mark - Schluß der Annahme von Inseraten für die 1300. Nummer fest 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

## Eine kurze Sitzung des Reichstags.

### Die neuesten Meldungen.

#### Die Kämpfe am Tigris.

London, 24. April. (Reuter.) Amtlicher englischer Bericht von Mesopotamien. General Maude meldet: Die Schlacht am rechten Ufer des Tigris dauert fort. In der Nacht zum 22. kam es zu einem scharfen Handgemenge. Der Feind unternahm mehrere Gegenangriffe. Wir vertreiben den Feind aus einer hartnäckig verteidigten Stellung, die sorgfältig mit Eisenbedeckten Unterständen ausgefüllt war. Wir nahmen die Besetzung auf und besetzten die Station Samarra. Am 23. zerstörte der Feind in aller Eile, was er zerstören konnte. Unter der Brücke befanden sich 16 Lokomotiven, 224 Eisenbahnwagen und 2 Waggons mit Munition. Die Verluste des Feindes am 21. und 22. waren schwer.

#### Die Nahrungsmittelfrage in England.

Been, 25. April. (W. T. B.) Obwohl die Nahrungsmittelfrage in England zur obligatorischen Rationierung aller Nahrungsmittel drängt, ist das Nahrungsmittelministerium, englischen Vorkriegsmaßstab abgesehen, Nahrungsmittelarten wie in Deutschland einzuführen. Es hält zunächst an dem System der teilweise obligatorischen, teilweise freiwilligen Einschränkung fest. Gemäß der Times erwägt das Ministerium die Einführung des von Institute of Hygiene entworfenen Nationalen Buches, in welches die Händler alle entnommenen Warenmengen einzutragen haben. Eine Verordnung des Lebensmittelkontrollenrates verbietet vom 28. April an die Verwendung von Weizen und Roggen außer zur Saat und zur Mehlerzeugung und die Verwendung von Mehl und Reis außer für menschliche Gemütsweide. Die durch Order in Council vom 20. April dem Lebensmittelkontrollenrat Lord Devonport verliehene Befugnis, alle Plätze, wo Lebensmittel für den Verkauf angefertigt, angeliefert oder hergerichtet werden, in Besitz zu nehmen, wird gemäß der Times eine einschneidende Wirkung auf die Hotels- und Restaurants ausüben.

#### Keine Verpfändung russischer Gebiete an England.

Petersburg, 24. April. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die skandinavische Presse veröffentlicht, angeblich aus deutscher Quelle, eine Nachricht über angebliche zwischen England und England eingeleitete Unterhandlungen, wonach ganz Island, Island, die Inseln Färöer und Dänemark sowie ein Teil der Alandinseln als Garantie für die neue Anleihe dienen sollten. Der Minister der Äußeren Angelegenheiten hat die Richtigkeit dieser Nachricht in Rede und bezichtigt sie als böswillige Erfindung.

#### Die Lage in Spanien.

Barca, 25. April. (Privattelegramm.) Der Spezialkorrespondent des Zeit Journal in Madrid meldet: Der Ministerrat beschäftigt sich eingehend mit den neuen Vorfällen. Der König hat andauernd Besprechungen mit den hervorragendsten Politikern.

#### Die Disziplin bei den russischen Soldaten.

Petersburg, 24. April. (W. T. B.) Mehrere Soldatenabteilungen sind von der Front in Peltsburg eingetroffen, um die Gerichte zu prüfen, daß die Disziplin verschiedener Abteilungen der Garde nicht zu wünschen übrig lasse. Die Abgeordneten stellen fest, daß die gewöhnliche Arbeit der Soldaten in Petersburg nicht vermindert worden sei. Die Abgeordneten waren mit der in der Petersburger Garnison herrschenden Ordnung ganz zufrieden.

#### Ein Arbeiter- und Soldatenverein in Stockholm.

Stockholm, 25. April. Montagsabend ist hier ein Arbeiter- und Soldatenverein ins Leben gerufen worden. Neben den Metallarbeitern haben sich Marinesoldaten in den Verein angeschlossen. (Svenske Tidning)

#### Verfehlt.

Kopenhagen, 25. April. Der dänische Dampfer Baron Sjernerblad ist auf der Reise von England nach Dänemark in der Nordsee verfehlt worden. Die Reisenden und die Besatzung wurden gerettet. (Ålbnske Tidning)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 24. April befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

### Der Kanzler lehnt ab.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklärt die Regierung eine entschiedene Absage an die Forderung, die jetzt von den weitesten Volkskreisen, namentlich von der Arbeiterschaft, erhoben wird, und die in der letzten Parteiausführung denn auch die Anternezsozialisten, dem allgemeinen Druck folgend, zu der ihrigen gemacht haben, an die Forderung, daß die deutsche Regierung, dem Beispiel der russischen folgend, einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen als ihr Ziel verkünde. Das Blatt der Regierung erklärt:

An die Reichsleitung wird erneut von zwei Seiten die dringende Aufforderung gerichtet, im Kampf der Meinungen über die Kriegsziele Stellung zu nehmen. Anlaß zu dieser Aufforderung hat die Erklärung der sozialdemokratischen Partei gegeben, die sich in Wiederholung ihrer früheren Erklärungen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen ausdrückt. Von dieser Seite wünscht man, daß die Regierung sich diesen Forderungen zu eigen macht. Die Gegenpartei verlangt, daß der Reichskanzler entschieden die sozialdemokratische Erklärung bekämpft. In der Freigabe der Kriegszielevertrugungen hat unsere Dossentlichkeit die weitestgehende Möglichkeit, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Grenze, innerhalb deren sie sich halten will, auch durch ihr vaterländisches Gewissen bestimmt werden. Die Regierung hat das, was nun für über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen geben. Sie wird, unbetört durch das Drängen von beiden Seiten, den Weg weiter gehen, den ihr Gewissen und Verantwortung vor dem Lande vorschreiben. Ihre Aufgabe ist es, so bald wie möglich den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen. Dem stehen vor allem die wahnwitzigen Kriegszieleforderungen unserer westlichen Feinde entgegen.

Die feindliche Presse schreibt unvorsichtlich unter strenger Bindung. Aber trotzdem bleibt es doch bemerkenswert, daß sie weder in der Frage der Annexionen noch in der Frage der Kriegszieleforderungen die geringsten Abstriche von ihren unsinnigen Forderungen macht hat. Aus englischen und französischen Blättern kann man sich täglich davon überzeugen, daß die militärische Offensive mit einem Trommelfeuer auf der ganzen Westfront begleitet wird. Lloyd George zieht die Studienkarte Pink an Rhein und die französischen Blätter können sich in dem Gedanken, daß Wilson ihnen helfen wird, die Meinung zu gewinnen. Wir haben noch kein Wort amerikanischer Widerspruch gehört. Auch in der Aufstellung ihrer Kriegszieleforderungen sind die Franzosen nicht faul. 16 Milliarden jährlich hat sich der Mann herangerechnet. Das sind aber Zahlen, die von anderen Blättern längst überholt sind. In dem weltberühmten Journal verurteilt jemand das deutsche Volk zu langjähriger Sklaverei, damit Frankreich wirtschaftlich alles wieder hereinbringe, was es durch den Krieg verloren hat. Wir erinnern daran, daß dieser Gedanke schon vor einer Reihe von Monaten mit wissenschaftlichen Ernst in englischen Zeitungen erörtert worden ist. Glaubt die deutsche Sozialdemokratie, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen anzukommen? Sie werden Enttäuschung erleben. Auch in Holland, wo die Verhältnisse noch im Finstern sind, sieht es keineswegs an Kriegszieleforderungen, in denen man den Einfluß der westlichen Bundesgenossen erkennt. Unsere Feinde sehen alles, was bei uns geschieht, daraufhin an, ob es zur Annexionierung ihrer eigenen schwerverdienenden Bevölkerung ausgenutzt werden kann. Die Arbeiter der sozialdemokratischen Revolution haben dies bei ihrem Beschluß, durch den sie den Frieden fördern wollten, nicht mit in die Rechnung eingestellt.

Wenn nun aber in einem Berliner Blatt von einem Abgrund geschrieben wird, vor dem wir stehen und in den uns die sozialdemokratische Partei hineinreißen will, so kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, und in solchem Maße soll man sie vor dem Ausland nicht erschrecken lassen. Eine Karte, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern, und in dem festen Willen zu härtester Verteidigung des Vaterlandes ist sie vorhanden.

Die Ereignisse in England, die Erklärungen der provisorischen Regierung sind also der deutschen Regierung noch nicht genügender Anlaß, einen Schritt zu tun, von dem wir, nach unserer Beurteilung der russischen Geschicke und unter Berücksichtigung der wachsenden Friedensstimmungen in England und Frankreich, wohl sie beispielsweise die gestern von uns wiedergegebenen Meldungen über die Haltung der englischen Arbeiter erkennen lassen, eine wesentliche, ja eine entscheidende Förderung der Friedensbestrebungen erwarten müssen. Wir haben hier in der letzten Zeit immer und immer wieder betont und nachgewiesen, wach große Bedeutung für die Sache des Friedens eine solche klare Erklärung der Regierung gegen Annexionen und Kriegszieleforderungen im jetzigen Moment haben würde, wie selten glücklicherweise der Augenblick ist, um den Krieg zu Ende zu bringen. Wie durchschlagend die Gründe sind, die für unsere Auffassung sprechen, geht aus dem Umstand hervor, daß

selbst Vertreter der äußersten sozialdemokratischen Rechte, der ausgesprochensten Sozialimperialisten, sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnten, daß in einer solchen Erklärung der Regierung der Schlüssel zum Friedensteimpel liege. So hat der Sozialimperialist Cohen, der Abgeordnete für Greiz, gestern noch im Tag die Forderung erhoben, daß die Regierung den Schritt tue, den sie jetzt ablehnt - er tut es allerdings in der Hoffnung auf einen Sonderfrieden mit Rußland und mit einer Spitze gegen England - so hat das bekannte Sprachrohr der äußersten sozialdemokratischen Rechte und der Gewerkschaftsleitungen, die Internationale Korrespondenz, längst in ihren Spalten solcher revolutionär anmutende Ansicht ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie zu einer andern Haltung zur Regierung kommen müsse, wenn sie sich der Forderung nach deutlicher Besannung ihres Kriegsziels verlege. Bis weit in bürgerliche Kreise reicht die Erkenntnis, daß die Gelegenheit, in absehbarer Zeit zum Frieden zu kommen, jetzt, gerade jetzt genutzt werden muß, daß das heiße Eisen des Schmelzofens hart, daß die vielleicht unerreichliche auf lange Zeit nicht wiederkehrende Günstigkeit der Minute nicht zu verschwinden droht. Aber die deutsche Regierung sagt Nein! zu dieser Forderung; die in der verflochtenen Rede von großen Kreisen der Arbeiterschaft in besonders nachdrücklicher Weise unterstrichen worden ist.

Wie wir die politische Wirkung dieser neuesten Regierungserklärung selber einschätzen müssen, das brauchen wir nach alledem hier nicht weiter auszuführen. Wir haben uns freilich zu Anfang über die Stellung des Reichskanzlers in dieser Frage hingegen und sind, stets der Ueberzeugung gewesenen, daß er gegen den Druck, den die annexionistischen bürgerlichen Parteien auf ihn ausüben, nur durch starken Gegendruck der Arbeiterschaft zu der Haltung gebracht werden konnte, die wir fordern müssen. Leider hat die Politik der Mehrheitsfraktion alles getan, um diesen Gegendruck abzuschwächen. Anstatt dem Kanzler energisch die Forderung zu stellen, hat sie sich seit mehr als Jahresfrist bemüht, den Kanzler auf ihren Standpunkt hinüberzuziehen, ihn durch angeblich authentische Deutungen seiner Reden durch feiner angeblichen Verlauten Scheidemann auf die sozialdemokratische Forderung festzulegen. Sie wollte auf jeden Fall in Übereinstimmung mit dem Kanzler bleiben und hat zu diesem Zweck sich auch nicht scheut, den annexionistischen Ideen Zugeständnisse zu machen. Klare Ansprache darüber verniederte sie freilich - nach hohem Vorbild - staatsmännisch hüllte sich Scheidemann bei seinem Traktat über die Kriegsziele in das Dunkel mehrdeutiger Wendungen, ließ er seine Geneigtheit, sich mit Annexionen im Osten abzufinden, nur durch die Nichterwähnung Rußlands in seiner schönen Formel vom Stande vor dem Kriege durchblicken, gab er seine Zustimmung zur Forderung einer Kriegszieleentschädigung für Deutschland in einer verkapultierten Form, daß er unter Umständen sagen könnte, er habe doch eigentlich nichts gesagt. Was bei diesen staatsmännischen Kunststücken herausgekommen ist, das zeigen die Vorgänge dieser Tage. Das Friedensangebot aus Rußland ließ es den Vertretern der Mehrheitspartei doch geratig erscheinen, die Anpassung an die Stellung Bethmanns hinauszuschieben, die stille Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Annexionisten anzukündigen und lieber Anlaß an die Internationale zu suchen. So kam der Beschluß des Parteiausschusses zustande, den wir kennen. Und nun hat Bethmann Solwek die Antwort gegeben. Ueber ihren Sinn, über ihre Bedeutung kann wohl selbst im Lager der Anternezsozialisten keine Täuschung mehr herrschen, so ungern diese Herren auch dieser Wirklichkeit ins Gesicht sehen werden und so bestreiten die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auch, ist die bittere Bitterkeit wenigstens etwas zu verändern durch die angehängte Zurückweisung der alldeutschen Annexionen auf den Beschluß des Parteiausschusses. Die Scheidemann werden aus alledem doch nur das Nein hören müssen und sie werden mit eiserner Notwendigkeit vor die Entscheidung gestellt, was sie nun, nach diesem verben Nachstreich, tun wollen. Werden sie nach dem Rezept der Internationalen Korrespondenz handeln oder werden sie auch noch dieser Behandlung, mit brennenden Backen, dem Kanzler weiter tiefe Gefolgschaft leisten? Wir glauben im voraus zu wissen, wie ihre Entscheidung fallen wird, aber wir wollen den Ereignissen nicht vorzueilen und nicht prophesieren.

Für den nötigen starken Druck gegen die Forderung der Scheidemann hatten die bürgerlichen Parteien in diesen Tagen ausgiebig